

Marco Overhaus

Deutschland sollte eine fundierte Debatte über die EU-Mitgliedschaft der Türkei anstoßen

Auf den ersten Blick war der Kopenhagener Gipfel der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember ein Erfolg für die deutsche Türkeipolitik. Zum einen gelang es Bundeskanzler Schröder, den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac für sein Vorhaben zu erwärmen, der Türkei ein „klares Signal“ für eine Beitrittsperspektive zur EU zu geben. Daraus resultierte ein gemeinsamer deutsch-französischer Vorschlag, der einen zweistufigen Prozess vorsieht: Im zweiten Halbjahr 2004 würde die Europäische Kommission die politischen und wirtschaftlichen Fortschritte der Türkei erneut prüfen, worauf im Juli 2005 Beitrittsverhandlungen beginnen könnten. Zum anderen wurde diese bilaterale Initiative weitestgehend von den anderen Staats- und Regierungschefs der EU in Kopenhagen übernommen (auch wenn die Jahreszahl 2005 nicht explizit erwähnt wird).

Trotz dieses Erfolges der deutschen Diplomatie kann die Debatte um einen zukünftigen Beitritt der Türkei zur EU im Vorfeld von Kopenhagen nur einen ernüchternden Eindruck hinterlassen. So wohl in Deutschland als auch in anderen Mitgliedstaaten war sie nicht nur durch eine Kakophonie von Meinungsäußerungen, sondern auch durch eine bedenkliche Oberflächlichkeit der Argumentation gekennzeichnet. Nach einer bemerkenswerten Zeit des Schweigens zu diesem

Thema sprach sich Bundeskanzler Schröder schließlich für ein „klares positives Signal“ an Ankara aus und begründete dies mit der „geopolitischen Bedeutung“ des Landes und dem Ziel, ein „Abrutschen in den islamischen Fundamentalismus“ zu verhindern. Gelegentlich waren auch Vorwürfe aus den Reihen der Opposition zu hören, dass Schröder nur deshalb ein „klares Signal“ geben wollte, um die seit dem Wahlkampf im Spätsommer beschädigten Beziehungen zu den USA zu reparieren. Ein solch taktisches Verhalten wäre vor dem Hintergrund der Bedeutung der Türkei für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses in der Tat eine Dummheit. Die Vorwürfe für sich genommen spiegeln jedoch bereits die intellektuelle Kurzsichtigkeit der Debatte wider. Im Gegensatz zu den Regierungsparteien haben sich CDU und CSU mehr oder weniger kategorisch gegen eine EU-Mitgliedschaft Ankaras ausgesprochen.

Auch außerhalb Deutschlands ist noch keine klare Linie erkennbar. Der Präsident des Europäischen Konventes, Giscard d'Estaing, erklärte öffentlich, dass ein Beitritt der Türkei „das Ende der Europäischen Union“ bedeuten würde. Die französische Regierung distanzierte sich jedoch umgehend vom ehemaligen Staatspräsidenten. Das Europäische Parlament vermochte es bisher kaum, mit einer Stimme zu sprechen, wohingegen sich die Kommission früh prinzipiell für einen Beitritt ausgesprochen hatte, ohne jedoch bereits einen konkreten Termin für den Be-

ginn der entsprechenden Verhandlungen nennen zu wollen. Obwohl die Türkei also bereits seit dem Gipfeltreffen in Helsinki im Dezember 1999 offizieller Beitrittskandidat ist, sucht die EU noch immer nach ihrer Position.

Neben der Vielzahl an verschiedenen Meinungen fällt auch im europäischen Kontext die Oberflächlichkeit und Kurzsichtigkeit der Argumente ins Auge. Einige Regierungsvertreter und Kommentatoren haben in letzter Zeit wiederholt einen Zusammenhang zwischen der Frage der EU-Mitgliedschaft einerseits und türkischen Zugeständnissen beim Zugriff der Union auf Ressourcen und Planungskapazitäten der NATO für das militärische Krisenmanagement andererseits konstruiert. Ebenso wie die Lösung der Zypernfrage ist dies zweifellos ein wichtiges Thema für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Im Gegensatz zu der Auffassung, die sich zumindest unmittelbar vor Kopenhagen in einigen Brüsseler Kreisen durchzusetzen schien, ist die Suche nach Antworten auf diese Fragen jedoch eher eine Voraussetzung für die Aufnahme der Türkei in die EU. Die Lösung der Probleme kann jedoch keine hinreichende Qualifikation für eine Mitgliedschaft per se sein. Vielmehr müssen hier die gleichen politischen und wirtschaftlichen Messlatte (die so genannten Kopenhagener Kriterien) angelegt werden wie bei allen anderen Beitrittskandidaten aus Mittelosteuropa auch. Das bedeutet freilich umgekehrt, dass die Türkei ohne Wenn und Aber Vollmitglied werden wird, wenn sie die Kriterien erfüllt. Dies wurde ihr in Helsinki 1999 zugesprochen, was einige Oppositionspolitiker im hessischen und niedersächsischen Wahlkampf vergessen zu haben scheinen.

Die unangenehme Wahrheit ist, dass die Frage eines Beitrittes der Türkei den Stoff für eine grundlegende Debatte über das Wesen und die „Finalität“ der Euro-

päischen Union enthält. Wird es notwendig sein, ihre Grenzen mit zunehmender Länge und Nähe zu potenziellen Krisenregionen immer undurchlässiger zu machen? Wird sich ihr Raum eines Tages gar bis Wladiwostok erstrecken? Die enorme geografische Größe des Beitrittskandidaten wie auch seiner Bevölkerungszahl von etwa 68 Millionen mit einer Wachstumsrate, die fast doppelt so groß ist wie der Durchschnitt der jetzigen Mitgliedstaaten, wirft weitere grundlegende Fragen auf. Dazu zählen etwa die zukünftige Machtbalance innerhalb der Union wie auch die Gestaltung der europäischen Institutionen, um miteinem so großen Zuwachs der Bevölkerung und des Territoriums fertig zu werden. Die Nähe der Türkei zu den Konfliktregionen in Zentralasien und im Nahen und Mittleren Osten wird unweigerlich auch einen wesentlichen Einfluss auf die künftige Gestalt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU haben, auch wenn heute noch nicht absehbar ist, wie sich diese Konflikte bis zum Zeitpunkt eines türkischen Beitrittes entwickelt haben werden. Schließlich wirft die Beitrittperspektive der Türkei auch die Frage nach der Identität Europas auf. Auch wenn sich die Europäische Union offiziell als eine „Wertegemeinschaft“ begreift, so sehen nicht wenige Europäer sie offensichtlich auch als eine „Religionsgemeinschaft“.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als bedauerlich, dass die Türkei nicht einen prominenteren Platz auf der Agenda des Europäischen Konventes einnimmt, der ja immerhin die langfristige Zukunft des europäischen Integrationsprozesses reflektieren soll und auch zu diesem Zweck einen europäischen Verfassungsentwurf vorlegen wird. Im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken, aber auch im Zusammenhang mit der europäischen Außenpolitik tauchte in der Vergangenheit immer wieder die Idee der „verstärkten Kooperation“ in der Debatte auf. Ge-

rade im Licht des Beitrittsgesuchs aus Ankara verdient dieses Konzept mehr Aufmerksamkeit. Auch ist unbestritten, dass die europäische Integration von Beginn an auf dem Prinzip der Öffnung nach außen basiert, wie dies durch mehrere Erweiterungsrunden – wie gerade in Kopenhagen erneut besiegt – dokumentiert wurde. Allerdings kann Öffnung nicht bedeuten, dass jedes Land von Marokko bis Russland eines Tages vollwertiges Mitglied mit allen Rechten und Pflichten werden wird. Mitgliedschaft hat ihre Grenzen, wenn die EU ihre Fähigkeit zur Formulierung und Durchführung gemeinsamer Politiken über ein breites Themenpektrum hinweg behalten will. Das Prinzip der Offenheit wird dabei langfristig übersetzt werden müssen in ein intelligentes Zusammenspiel aus Partnerschaften und Elementen einer „differenzierten Integration“. Zurzeit sind entsprechende Konzepte leider kaum in Sicht. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Türkei muss mit der *grand débat* über die Zukunft Europas verbunden werden. Doch warum geschieht dies nicht?

Der eigentliche Grund dafür liegt in der Uneinigkeit, die bereits unter den heutigen Mitgliedstaaten bezüglich der grundlegenden Fragen der europäischen Integration besteht. Dazu zählen konkurrierende zwischenstaatliche und föderale Konzeptionen der EU ebenso wie ihre Grenzen. Es ist vermutlich kein Zufall, dass sich gerade mit Großbritannien ein Land besonders vehement für einen zügigen Beitritt der Türkei ausspricht, welches sich traditionell als ein Bollwerk gegen eine zu starke und integrierte Union begreift.

Der Mangel an gemeinsamer Strategie und Vision unter ihren wesentlichen Akteuren erklärt auch, warum die EU gegenüber der Türkei bisher eine eher un-

durchsichtige und oft als unehrlich wahrgenommene Politik verfolgte. Der Politikwissenschaftler Hasan Ünal bemerkte in einer kürzlich erschienenen Ausgabe der *Zeit*, dass das „Ja“ der EU zur Frage des Beitrittes nach dem Gipfel von Helsinki eigentlich ein „Nein“ war, welches lediglich als ein „Ja“ verkleidet wurde. Nachdem nun Ankara einige große Schritte tat, um den politischen Forderungen aus Brüssel entgegenzukommen, steht die EU unter Druck, auch ihrerseits Zugeständnisse zu machen.

Die Suche nach gemeinsamen Antworten auf die grundlegenden Fragen der europäischen Integration würde auch dazu beitragen, in Zukunft mit anderen Nachbarn, die an die Pforten der EU klopfen, ehrlicher umzugehen. Dies gilt insbesondere für die Staaten des Balkans, Weißrussland, die Ukraine oder sogar Russland. Nur wenn die Mitgliedstaaten ein kohärenteres Bild der zukünftigen Gestalt und Grenzen der EU entwickeln, können Partnerschaften entstehen, die nicht auf falschen Erwartungen und unklaren Perspektiven basieren, wie dies leider im Fall der Türkei von Anfang an galt.

Statt gemeinsam mit den europäischen Partnern um Kompromisse über die Nennung eines „Datums für ein Datum“ zu ringen, hätte sich das deutsch-französische Tandem lieber um den Beginn einer grundsätzlichen Debatte über die Zukunft der europäischen Integration bemühen sollen. Der Europäische Konvent wäre sicher der richtige Ort, um die Grundsatzfragen zu behandeln, welche mit der Beitrittsperspektive der Türkei zusammenhängen. Leider besteht der deutsche diplomatische Erfolg von Kopenhagen auch darin, diesen Grundsatzfragen zielstrebig ausgewichen zu sein.